

GRÜNE

NUMMER 3/2013

WERKSTATTSSCHRIFTEN

EINE REIHE DER GRÜNEN BILDUNGSWERKSTATT



FÜR EIN GRÜNES

21. JAHRHUNDERT

Green European Foundation

DER AUTOR

Andreas Novy verfasste diesen Text im November 2012 als Beitrag zum mehrjährigen Schwerpunkt der Grünen Bildungswerkstatt „Gutes Leben für alle!“.



© Grüne Bildungswerkstatt

Andreas Novy ist außerordentlicher Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien und Obmann der Grünen Bildungswerkstatt.

GUTES LEBEN FÜR ALLE

Ein gutes Leben als Leitbild geglückter Lebensführung ist eine uralte Idee. In unserem Kulturkreis geht sie zumindest bis ins antike Griechenland zurück, wo ebendieses gute Leben von Philosophen durchaus unterschiedlich, aber in der Regel als ein maßvolles und gleichzeitig genießendes Leben verstanden wurde. Ein gutes Leben war das Ziel der freien Männer in der griechischen Polis – und damit ein Privileg, das für SklavInnen, Frauen und Fremde unerreichbar war. Das gute Leben für einige um den Preis der harten Arbeit und der Entbehrung vieler, das war Jahrtausende lang die Grundlage von Zivilisationen, die Ungleichheit als gegeben ansahen, oftmals sogar als göttlich gerechtfertigt.

Dies änderte sich mit der Französischen Revolution, einem Affront gegen das alte System der Ungleichheit der Menschen: Der Slogan von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit markierte einen Wendepunkt und öffnete den Weg zur Demokratie, Herrschaft des Volkes. Alle, nicht nur wenige sollten herrschen, lautete die provokante Forderung. Lange noch blieb diese Forderung bloß Idee, erst im 20. Jahrhunderts setzte sich die politische Demokratie in Europa langsam durch.

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der Freiheit, und zwar der Freiheit der Bürger, der Besitzenden und Erfolgreichen, die Wohlstand anhäufen konnten. Sie errangen Bürgerrechte, die sie vor staatlicher Willkür schützten und sie hatten das Geld, Waren zu kaufen, die in Manufakturen in zunehmend größerer Stückzahl hergestellt wurden. „Der Reichtum der Gesellschaften erscheint als ungeheure Warensammlung“, so be-

ginnt Karl Marx seine Abhandlung über den Kapitalismus im ersten Band des „Kapital“. Doch es blieb eine Konsumgesellschaft für wenige. Gleichzeitig aber führte der Kapitalismus zu einer Zentralisierung und Konzentration von Reichtum, zu Bauern- und Greißlersterben und zum Niedergang von Handwerk und Gewerbe. Aus BäuerInnen wurden ProletarierInnen, Entwurzelte, Lohnabhängige. Chaplins „Modern Times“ liefern ein Bild der kapitalistischen Fabrik als eines Ortes der Ausbeutung – und diktatorischer Verfügungsmacht der Besitzer. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts blieb das gute Leben das Privileg einer Minderheit, selbst in Europa.

Dies änderte sich erst nach den beiden Weltkriegen und einer tiefen Weltwirtschaftskrise. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde in Nordamerika und Westeuropa für ein paar Jahrzehnte die Idee eines guten Lebens für alle zum politischen Leitmotiv. Möglich wurde dies in den goldenen Jahrzehnten des Kapitalismus, basierend auf der Massenproduktion für den Massenkonsum. Die Losung „Nie wieder Faschismus“ war vom Bewusstsein getragen, dass Elend der Nährboden für eine Politik der Ausgrenzung und des Autoritarismus ist. Die Gewährleistung sozialer Sicherheit ermöglicht demgegenüber die Schaffung anti-faschistischer Gesellschaften. Aus ArbeiterInnen wurden BürgerInnen, die Teilhabe an der Konsumgesellschaft wurde allen, oder zumindest den meisten möglich. In Schweden sprach die Sozialdemokratie von Schweden als „Volksheim“, in dem für alle Platz ist.

Das 20. Jahrhundert wird als sozialdemokratisches bezeichnet, wiewohl ein Großteil der Reformen von konservativen und christdemokratischen Parteien umgesetzt wurde – aus Angst, sonst von der Sozialdemokratie verdrängt zu werden. Erst um und nach 1970 kamen sozialdemokratische Parteien in großer Zahl an die Regierung. Sozialdemokratisch war diese Zeit trotzdem, weil den Arbeitenden systematisch soziale Rechte zuerkannt wurden. Es entstand eine Mittelschichtgesellschaft, basierend auf Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Sozialstaat.

DIE SUCHE NACH DER MITTELSCHICHT

Was ist nun die Mittelschicht? Wie kann sie definiert werden? Konkret gehört dazu der Mittelstand, d.h. HandwerkerInnen, Gewerbetreibende, Selbständige und FreiberuflerInnen. Weiters öffentliche Bedienstete, Privatangestellte und FacharbeiterInnen. Ein bisschen systematischer kann bei Adam Smith Anleihe genommen werden, denn zum einen gehören zur Mittelschicht diejenigen, die arbeiten müssen und nicht ihr Geld für sich arbeiten lassen können bzw. „ernten, wo sie nicht gesät haben“. Das ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Mehr dazu ein bisschen später. Zum anderen

gehört dazu, in die Öffentlichkeit treten zu können, ohne sich genieren zu müssen. Das heißt, am sozialen Leben teilhaben zu können, was mehr ist, als bloß nicht am Hungertuch zu nagen. Mittelschicht ist, wer nicht unter die Armutsgrenze fällt. Eine Mittelschichtgesellschaft ist somit eine Gesellschaft ohne Arme, bzw. eine, in der arme Menschen die Ausnahme sind. Im 20. Jahrhundert wurde die Mittelschicht langsam zur Mehrheit der Bevölkerung und zum „Kitt“, der die Gesellschaft zusammenhielt. Ohne Wohlfahrtsstaat gibt es keine Mittelschicht als Massenphänomen, sondern einzig einen aufstiegsorientierten, oftmals jedoch gleichzeitig abstiegsgefährdeten Mittelstand.

Fassen wir die Errungenschaften und Probleme des sozialdemokratischen Jahrhunderts zusammen: Das gute Leben für alle wurde Wirklichkeit als Teilhabe an der kapitalistischen Konsumgesellschaft und deren ungeheuren Warensammlung. „Auto für alle“ symbolisiert bis heute die problematische Seite der sozialdemokratischen Idee von Teilhabe und gutem Leben, wie sie von der Arbeiterbewegung in den reichen Staaten umgesetzt wurde. Was jedoch zu kurz kam war die Kritik an der Konsumgesellschaft und an der spezifischen Form der Bedürfnisbefriedigung über den Erwerb von Waren. Die Warenform ist ökologisch bedenklich, weil sie Bedürfnisbefriedigung vereinzelt und die gemeinsame Gestaltung eines guten Lebens für alle ausblendet: Ein kleines Schwimmbad in meinem Schrebergarten ist eine Ware, ein großes Gemeindeschwimmbad ist ein öffentliches Gut. Konsumgesellschaften privilegieren das Individuelle gegenüber dem Öffentlichen, das Haben über das Sein, das Besitzen über das Nutzen. Solange die produzierten Waren bloß einer Minderheit zur Verfügung standen, hielten sich die ökologischen Folgen der Maßlosigkeit in Grenzen. Als der Kapitalismus jedoch im 20. Jahrhundert sozialstaatlich gezähmt wurde und die Konsumgesellschaft aufhörte, bloß Privilegien für wenige anzubieten, begannen die ökologischen Probleme planetarische Ausmaße anzunehmen: Ab 1950 explodierten die CO₂-Emissionen. Der Klimawandel setzte ein, als Konsum aufhörte ein Privileg zu sein. Soziale Gleichheit, die bloß als Teilhabe am Kapitalismus verstanden wird, stößt an Grenzen. Und dabei begann die Emanzipation der Kolonien nach 1950 erst, und ein gutes Leben blieb in weiten Teilen der Welt weiterhin Privileg einer Minderheit.

Die sozialdemokratische Ära und damit eine Politik für alle endete mit der neoliberalen Konterrevolution, die mit Pinochet in Chile 1973, Thatcher in Europa 1979 und mit Reagan in den USA 1980 begann und seither politikbestimmend geblieben ist. Zwar ist der Neoliberalismus ein alter Hut, denn freie Märkte, Liberalisierung und Privatisierung sind alte liberale Forderungen. Neu war der Neoliberalismus aber in Bezug auf den Wohlfahrtskapitalismus der Jahrzehnte davor, denn die Besitzenden kündigten den Nachkriegskonsens auf, wonach in unseren Wohlstandsgesellschaften alle das Recht auf ein

gutes Leben haben. Die soziale Ungleichheit stieg erneut rasant. Gleichheit wurde mit Gleichmacherei gleichgesetzt, während Freiheit ohne wenn und aber zum Leitprinzip avancierte. Zwar ging es auch den Neoliberalen um die Teilhabe an der Konsumgesellschaft, diesmal aber via geringerer Steuern und mehr Geld im eigenen Geldbörstel.

Schon in den 1980er Jahre formierte sich Kritik am Neoliberalismus, die mit dem Bild der Zwei-Drittel-Gesellschaft ausgedrückt wurde. Demnach gehe es zwar der Mehrheit weiterhin gut, aber ein Drittel drohe, den Anschluss zu verlieren, ausgeschlossen zu werden. Diesen VerliererInnen müsse geholfen werden, ihnen gelte es, Fürsorge bereitzustellen: Mindestsicherung, Grundeinkommen, Armutsbekämpfung sind einige der Wege, wie die schlimmsten Folgen der Ausgrenzung abgefedert werden. Das Problem sind also die Einzelfälle, das System ist in Ordnung, so das Bild der Zwei-Drittel-Gesellschaft, das den Großteil der LeserInnen dieses Textes mit dem seltsamen Gefühl zurücklässt, zu den Privilegierten zu zählen, sprich, eigentlich keinen Grund zur Unzufriedenheit zu haben: „Uns geht es ja noch Gold“.

Ich meine, dass es um heute wirksam Politik zu machen, Zeit ist, sich von diesem Bild zu verabschieden. Besser geeignet ist das Bild einer 1-9-90-Gesellschaft, basierend auf den Untersuchungen zur Vermögensverteilung in Österreich. Ein Prozent der Bevölkerung – die „Reichen“ – verfügt ebenso über ein Drittel des Vermögens wie 90 Prozent – „die Bevölkerung“. Das dritte Drittel gehört den 9% der nicht ganz so Wohlhabenden. Demnach stehen nicht Zwei Drittel Wohlsituierte einem Drittel Armer gegenüber, sondern 99 Prozent der Bevölkerung verfügen über so wenig Vermögen, dass ein Ausruhen auf diesem nicht möglich ist. Sie müssen tagtäglich von ihrer Arbeit leben. Sie sind die Mehrheit, an deren Interessen sich Politik „für alle“ orientieren muss. In ihrem Buch „Gleichheit ist Glück“ haben Wilkinson und Pickett mit einer Vielzahl an Daten gezeigt, dass Gleichheit besser für alle ist und dass die Menschen in gleichen Gesellschaften glücklicher sind. Ja selbst den Reichen geht es in egalitäreren Gesellschaften wie Japan oder Skandinavien besser als den Reichen in ungleichen Gesellschaften wie den USA oder England. Eine Mittelschichtgesellschaft bietet die besten Chancen für ein gutes Leben für alle, weil der Kampf ums Überleben, der tägliche Stress, seinen Status verteidigen zu müssen, geringer ist als in hierarchisch-ungleichen Gesellschaften. Die Aushöhlung des Wohlfahrtsstaats durch neoliberale Politik führt zur Schwächung der Mittelschicht. Diese ist heute zunehmend abstiegsgefährdet, nicht zuletzt auch wegen der ihrer hohen Privatverschuldung. Dies führt zu steigender Unsicherheit aufgrund der Angst vor Arbeitslosigkeit, insolventen Privatpensionen und eines regressiven Steuersystems, das auf Umsatz- und Lohnsteuer und damit Massensteuern aufbaut, ohne die wenigen wirklich Vermögenden zu besteuern.

So stehen wir heute am Scheideweg. Die Mittelschicht muss sich entscheiden. Entweder sie optiert für eine Konkurrenzgesellschaft, bildet Vereinigungen zur „Verteidigung des Mittelstands“, in denen sich dann Millionäre zu Mittelständlern stilisieren und setzt auf das Recht des Stärkeren, da der Mensch doch des Menschen Wolf sei. Dann lässt sich die Mittelschicht vor den Karren der Reichen spannen, revoltiert gegen Vermögenssteuern und die Besteuerung des Sparbuchs. Oder die Mittelschicht erkennt, dass ihre Existenzbedingungen an den Wohlfahrtsstaat gekoppelt sind und daher nur eine Solidargemeinschaft, die Platz für alle schafft, der Mittelschicht die angemessene Rolle als Kitt der Gesellschaft zuweist. Dies ist die Schlüsselfrage für das 21. Jahrhundert: Die ökologischen Probleme und der Aufstieg der Schwellenländer hat klar gemacht, dass das gute Leben nicht mit dem Zugang zur ungeheuren Warensammlung verwechselt werden darf. Ein gutes Leben „für alle“ ist auf diesem Planeten nur möglich, wenn der eigene Lebensstil milliardenfach verallgemeinerbar ist. Der ökologische Fußabdruck verträgt keine Welt, die den jetzigen europäischen Lebensstil verallgemeinert. Während nämlich die europäische und US-amerikanische Mittelschicht in Bedrängnis kommt, entsteht weltweit eine neue globale Mittelschicht mit hunderten Millionen neuen KonsumentInnen. Brasilien ist unter der Regierung Lula zu einer Gesellschaft der unteren Mittelschicht geworden. In Indien und China spielen sich ähnlich Prozesse in noch größeren Dimensionen, dafür aber deutlich polarisierender ab.

UTOPIE EINES GRÜNEN ZIVILISATIONSMODELLS

Wenn das 21. Jahrhundert grün und ein anderes, ein ökologisches und solidarisches Zivilisationsmodell geschaffen werden soll, dann heißt die Schlüsselfrage: Welcher Lebensstil, welche Art von Arbeiten, Konsum, Leben und Wohnen ist verallgemeinerbar? Das grüne Zivilisationsmodell eines guten Lebens für alle ist eine Utopie, die wir gemeinsam realisieren können. Sie liegt in der Luft. Die Menschen ahnen, dass sich etwas ändern muss, selbst um das Bestehende zu verteidigen. Die Wege aus der gegenwärtigen Krise, hin zu einem guten Leben für alle erfordern viele, viele konkrete Schritte, viele, viele engagierte Einzelne und eine gemeinsame Idee, wohin die Reise gehen soll. Drei Eckpfeiler dieser konkreten Utopie, dieser radikalen Veränderung, die gleichzeitig einzig die Verwirklichung dessen ist, was Ernst Bloch als „Heimat“ bezeichnete, können benannt werden:

- 1.) Die Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug präsentiert ein neues Modell des Arbeitens, ausgehend von einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Aufwertung anderer Formen von Arbeit als der Erwerbsarbeit. So soll eine neue Balance der Arbeiten gefunden werden. Idealtypisch gesprochen sollen in Hinkunft vier Stunden

pro Tag erwerbsgearbeitet werden (20-Stunden-Woche), vier Stunden für die soziale, vier für die politische Arbeit aufgewendet werden und vier für Eigenarbeit, sprich Tätigkeiten für sich selber. So wird der Leistungsbegriff revolutioniert, denn diejenigen „LeistungsträgerInnen“, die heute 60 Stunden und mehr erwerbsarbeiten, entpuppen sich in diesem Modell als MinderleisterInnen in der Pflege alter Menschen, der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Feuerwehr oder der Mitarbeit in NGOs und Parteien. Arbeiten wird so gerecht verteilt und gleichzeitig sinn- und lustvoll.

- 2.) Das Öffentliche stärken ist die Antwort auf drei Jahrzehnte Privatisierung bzw. einer Privatisierung von Gewinnen verbunden mit der Sozialisierung von Verlusten. Ein gutes Leben für alle ist nur mit öffentlichen Dienstleistungen für Bildung, Gesundheit, Pflege, Wohnen und öffentlichem Verkehr möglich, die beste Qualität haben. Während „Mittelstandsinitiativen“ vom illusorischen Rückzug ins Private träumen, muss das Ziel beste Qualität für alle sein. Es braucht ein öffentliches Angebot an Freizeitmöglichkei-

ten, wie Schwimmbädern, Naturräume, Sport- und Kulturangebote, die die hohen finanziellen und ökologischen Kosten der Erholungssuche in der Ferne verringern helfen.

- 3.) Schließlich braucht es regionale Wirtschaftskreisläufe, die lokale Märkte fördern, statt die Verschiffung über den Weltmarkt. Die Reduktion der CO₂-Abhängigkeit ist nur möglich mit einer Wirtschaft der kurzen Wege, welche die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beendet. Schließlich erfordert eine Ökologisierung des Wohnens und des Siedlungswesens eine neue Form der Mobilität, die auf intelligente Lösungen für einen Verbund aus zu Fuß gehen, Radfahren, dem Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel und von Carsharing mit Elektroautos setzt.

All das ist keine Vision für eine ferne Zukunft, keine unrealistische Träumerei, sondern es sind konkrete Utopien für ein grünes Zivilisationsmodell im 21. Jahrhundert. Es liegt an uns, es Wirklichkeit werden zu lassen.

DIE GRÜNEN WERKSTATTSCHRIFTEN

Die grünen Werkstattsschriften publizieren in unregelmäßigen Abständen Texte zu wichtigen Themen aus dem grünen Universum.

Wir wollen Diskurse entfachen und Visionen entwerfen. Wir berichten über Experimente und begleiten grüne Alternativen. Wir freuen uns über Beiträge und bitten, diese an buero@gbw.at zu schicken.

Impressum:

Die Grüne Bildungswerkstatt • Rooseveltplatz 4-5/7, 1090 Wien • E-Mail: buero@gbw.at • Telefon: ++43 1 526 91 11